

Die Selbstausbeuter

Kultur-Mittelstand zwischen Selbstausbeutung und Prekariat

Von Berthold Seliger

Ein renommierter Berliner Tourneeveranstalter auf der Suche nach einer Arbeitskraft inseriert die Bedingungen: „Wir suchen einen Praktikanten im Bereich Booking- und Eventproduktion für mindestens sechs Monate“ mit den üblichen Voraussetzungen – „Erfahrung im Booking- und Eventbereich, flexibel, belastbar, gute Computerkenntnisse“. Arbeiten soll der Praktikant in der „Vorbereitung und Mithilfe bei Booking, Tournee- und Eventproduktionen“, soll „Bürotätigkeiten und Zuarbeiten aller Art“ übernehmen und die „Veranstaltungen nachbereiten“. Gesucht wird also ein erfahrener Mitarbeiter, bestens ausgebildet, der für ein halbes Jahr eine feste Stelle in der Firma übernimmt. Und die Bezahlung? „Honorar: 150.- Euro/Monat“. Immerhin pro Monat, das wird den Praktikanten freuen... Wetten, daß es jede Menge Bewerberinnen und Bewerber für den ausgeschriebenen Praktikumsplatz gab?

Wer denkt, dies sei eine Ausnahme, der täuscht sich gewaltig – daß nicht nur kleine Start-Ups, sondern selbst renommierte Musikfirmen mittels geringfügig oder gar nicht bezahlter Praktikanten ihr Geschäft betreiben, ist längst die Regel. Ob es sich um kleine Plattenfirmen mit weniger als zehn Mitarbeitern handelt, bei denen nicht selten mehr als die Hälfte der Mitarbeiter Praktikanten oder Auszubildende sind, oder ob es die multinationalen Plattenkonzerne sind; ob Galerien, bei denen KunststudentInnen ihre selten überhaupt bezahlten Praktika absolvieren, oder kleine und große Medienfirmen – ob etwa „Motor.de“, in deren Redaktionen auf einen festbezahlten Redakteur, wie zu hören ist, bis zu fünf unbezahlte Praktikanten treffen, von denen eine volle Redakteurstätigkeit erwartet wird, oder die Firma, die für viel Geld fürs Privatfernsehen eine große Musikshow produziert – die Arbeit tun zu einem weiten Teil unbezahlte oder gering bezahlte Praktikantinnen und Praktikanten, für die das Diktum „arm aber sexy“, das Berlins Bürgermeister Wowereit (SPD) ausgegeben hat, um die Metropole als attraktiv zu beschreiben, eher einen zynischen Beigeschmack haben dürfte.

Prinzipiell ist nichts gegen Praktika zu sagen – es ist ja eine vernünftige Idee, daß Studenten oder Berufseinsteiger in die Praxis einer Firma „hineinschnüffeln“ und dabei etwas lernen, zumal davon beide Seiten profitieren können: die Praktikanten, indem sie etwas in der Praxis lernen, das in Ausbildung oder Studium zu kurz kommen dürfte, und die Firmen, die Praktikanten beschäftigen,

indem sie das Knowhow und die Kreativität junger Menschen für sich nutzen können, die im Idealfall neue Ideen mitbringen. Allerdings ist es nicht akzeptabel, daß ausgerechnet Praktika ausgerechnet in einem Land, in dem sonst jeder Fliegenschuß bis ins letzte Detail gesetzlich geregelt ist, quasi im gesetzlosen Raum stattfinden. Mindestens sollte man von der Politik dies erwarten können: Erstens sollten Firmen, die Praktikumsplätze bereitstellen, überprüft werden und eine Art „Praktikums-TÜV-Plakette“ erhalten, wie es seriöse Universitäten, die von ihren Studenten ein Praktikum als Teil des Studiums vorschreiben, längst tun, und wie es bei Ausbildungsplätzen zumindest der Form nach vorgeschrieben ist. Zweitens sollte ein Mindest-Praktikumsgehalt gesetzlich ebenso festgeschrieben werden wie eine maximale Praktikumsdauer. Wenn ein Praktikant wie im eingangs beschriebenen Beispiel im Grunde ein fester Mitarbeiter des Betriebs ist, sollte er auch als solcher beschäftigt werden – mit einem verbindlichen Arbeitsvertrag, mit einem sozialversicherungspflichtigen Festgehalt und den üblichen sozialen Errungenschaften unserer Gesellschaft (von Urlaub bis zu Krankengeld). Geschäftsmodelle, in denen Kreativfirmen Praktikanten feste Stellen ausfüllen lassen, ohne sie angemessen zu bezahlen, sind unerträglich und sollten als das bezeichnet werden, was sie sind: Ausbeutung! Roberto Saviano beschreibt in seinem Bestseller „Gomorra“ derartige von der Camorra organisierte Arbeitsplätze in Süditalien: „Es existiert kein soziales Netz. Keine verbrieften Rechte, keine zulässigen oder unzulässigen Entlassungsgründe, Sonderregelungen, Urlaubsansprüche“... Da von der Politik so bald keine wirkliche Hilfe zu erwarten ist (schließlich müssen Praktikanten sogar in der Mehrheit der Bundesministerien ohne Bezahlung arbeiten), wäre eine Selbstverpflichtung der Kreativindustrie wünschenswert.

Natürlich ist die Situation besonders der unabhängigen und kleineren Musikfirmen derzeit schwierig. Eine renommierte Plattenfirma wie „Tapete Records“ mit einem Künstlerstamm von fast 50 Musikern und Bands (u.a. Tele, Bernd Begemann, Superpunk) und einem Jahresumsatz von 600.000 Euro macht laut „FAZ“ einen Verlust von 8.000 Euro. „Tapete Records“ beschäftigte in den ersten Jahren zwei Auszubildende, die neben den beiden Besitzern die Arbeit machten; heute arbeitet die Firma mit drei festen und zwei freien Mitarbeitern sowie „stets zwei Praktikanten“. Die beiden Inhaber der Firma zahlen sich mittlerweile ein monatliches Gehalt von 500 Euro (sic!) aus. Das gibt schon mal einen Eindruck von der prekären Lage von Kreativen, die vom Unternehmer bis zum Praktikanten reicht.

Im Berliner Bezirk Pankow gibt es an den Musikschulen noch 26 fest angestellte Musiklehrer, das sind ganze 23 Prozent der Lehrer – der Rest sind Honorarkräfte. Die Subventionen, die der Berliner Senat an die „Freie Szene“ verteilt, sind verglichen mit den Zuschüssen für die Repräsentationskultur geradezu lächerlich gering – allein die drei Berliner Opern verbrauchen im Jahr 120 Millionen Euro öffentliches Geld, und darin ist etwa die Sanierung der Staatsoper mit 240 Millionen Euro, die Sanierung des Hauses der Berliner Festspiele mit 17,3 Millionen oder die Sanierung der Volksbühne mit 12 Millionen nicht einmal enthalten. Die Freie Szene in Pankow dagegen hat in 2009 plötzlich gar keine Zuschüsse mehr erhalten – die veranschlagten 150.000 Euro Fördermittel, ein Tropfen geradezu auf dem heißen Stein, wurden gestrichen. Und selbst den Kulturbetreibern der Freien Szene, die noch Fördermittel erhalten, sind die Zuschüsse zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel – freie Schauspieler oder Tänzer etwa oder Regisseure in Studiobühnen kommen in Berlin auf Stundenlöhne von wenig mehr als 3 Euro – für diese Künstler mag es wie ein Hohn wirken, daß die beamteten Berliner Opernorchestermusiker gegen eine „nur“ 7%ige Gehaltsanhebung streikten und 12% forderten – schließlich gibt es Orchester, die 12 Prozent mehr verdienen als sie selbst. Aber es ist ein Skandal erster Ordnung, daß die offiziellen Förderbescheide für Schauspieler, Tänzer, Musiker oder Regisseure nur drei bis fünf Euro Stundenlohn ausweisen. Der Senat, der diese Stundenlöhne festsetzt, wird übrigens von zwei Parteien getragen, die deutlich höhere Mindestlöhne in ihren Parteiprogrammen fordern – wie wäre es denn, SPD und die Linke würden dort, wo sie regieren, schon mal beginnen, ihre eigenen Programme umzusetzen?

Nur 50 Prozent der Beschäftigten in der deutschen Kulturbranche haben überhaupt noch einen festen Arbeitsplatz – und der liegt anders als bei den Spitzenverdienern in den Opernorchestern oft genug knapp über Hartz-IV-Niveau. Und von den anderen 50 Prozent, den Freiberuflern, leben zwei Drittel in prekären Verhältnissen, wie gerade eine Studie über die Lage darstellender Künstler zutage förderte.

Das Einkommen freier Künstler beträgt laut Künstlersozialkasse 2010 durchschnittlich € 13.288, Bildende Künstler kommen auf € 12.767, Darstellende Künstler auf € 12.318, Musiker gar nur auf € 11.521 – weniger als 1.000 Euro monatlich! Das durchschnittliche Jahreseinkommen der unter 30-Jährigen beträgt sogar nur € 9.867, der unter 30-jährigen Musiker € 9.525, der weiblichen unter 30-jährigen Musiker sogar nur € 8.909. Geht man davon aus, daß in der Künstlersozialkasse auch gut verdienende Künstler Mitglied sind, die den

Durchschnitt anheben, weiß man, daß die Realität noch finsterner aussieht, als diese Zahlen ahnen lassen. Übrigens, zum Vergleich: der Vorstandschef der GEMA, Harald Heker, erhält ein Jahresgehalt von 380.000 Euro... Deutlicher kann man kaum auf den Punkt bringen, wer von den sogenannten „Autoren“ rechten in Wahrheit profitiert...

Interessant ist, daß über die soziale Situation der Künstler und vieler Beschäftigten in der Kulturindustrie praktische keine Worte verloren werden – ein Diskurs findet kaum statt. Da wird eine neue Realität bewußt weggeschwiegen. Doch die prekäre Situation von Künstlern und Kulturarbeitern kommt nicht aus heiterem Himmel. In England begann das „Take-off“ der Kreativwirtschaft, der „kreativen Klasse“ (Richard Florida), unter Margaret Thatcher, ging also Hand in Hand mit dem systematischen Rückbau des Wohlfahrtsstaates. Hierzulande etablierte sich die Kreativwirtschaft „erst in der New-Economy-Phase um das Jahr 2000, bezeichnenderweise zur gleichen Zeit, in der die Hartz-Gesetze verabschiedet wurden“ (Ulrich Bröckling). Das, was die Protagonisten des „arm, aber sexy“ betreiben, ist leicht zu durchschauendes Stadtmarketing, und das, was die Claquere des künstlerischen Prekariats wie Holm Friebe feiern, ist permanente Selbstaussbeutung – man zelebriert die Zumutungen einer postfordischen Gesellschaft, weil man sie nicht ändern kann oder will – „Lifestyle ist schließlich der Verkaufsschlager der Postmoderne“ (Barbara Vinken). Die Kreativwirtschaft als Türöffner der flexiblen Arbeitsmodelle des Neoliberalismus – die Künstler und Kulturarbeiter stehen als flexible, autonome und selbstverantwortliche Subjekte Modell für eine Neuorganisation der Gesellschaft, mit einem „Idealmenschen“, der „mit kurzfristigen Beziehungen (...) zu Rande kommt, während er von einer Aufgabe zur anderen, von einem Job zum nächsten, von einem Ort zum anderen wandert. Wenn Institutionen keinen langfristig stabilen Rahmen mehr bereitstellen, muß der Einzelne möglicherweise seine Biographie improvisieren“ (Richard Sennett) - die Horrorvision vom flexiblen und entfremdeten Menschen, von dem permanent eigenverantwortliche Selbstverwirklichung erwartet wird.

Nun wird man sich fragen, wer sich dies alles freiwillig antun mag. Es geht um eine vergleichsweise kleine, aber kontinuierlich wachsende Schicht, die sich z.B. über Alter (zwischen Anfang Zwanzig und Ende Dreiðig) und sozialen Status definiert. Hauptsächlich handelt es sich natürlich um Kinder der gutsituierten Mittelschicht, die „irgendwas mit Kultur“, „irgendwas mit Medien“ oder „irgendwas mit Musik“ machen wollen, und für die der Staat eine ganze Reihe neuer und sehr modischer Ausbildungszweige zur Verfügung stellt, vom Studium des

Kulturmanagements bis hin zum Ausbildungsberuf als Veranstaltungskaufleute für audiovisuelle Medien. Gemein ist diesen Ausbildungsgängen: hier wird, um es altmodisch auszudrücken, für die Arbeitslosigkeit ausgebildet, denn natürlich gibt es nicht annähernd so viele Arbeitsplätze im Kulturbereich wie Interessenten beziehungsweise Absolventen der Studien- oder Ausbildungsgänge. Neuerdings würde man sagen: es gibt zwar keine herkömmlichen Arbeitsplätze, aber wer mobil ist, dynamisch und bereit, mit wenig auszukommen, der kann selbständiges Mitglied der „digitalen Bohème“ (Friebe) werden. Möglich wird eine derartige Ausbildung natürlich nur, wenn der oder die Auszubildende von den Mittelschichts-Eltern irgendwie finanziert und subventioniert wird, oft weit über die Ausbildung hinaus.

Hier entsteht aus der Mittelschicht heraus ein neues Kleinbürgertum, das sich „weder an der Hochkultur noch an der proletarischen Kultur orientiert“ (Anja Schwanhäußler). Pierre Bordieu schreibt über dieses neue Kleinbürgertum: „Lieber wollen sie als „drop-outs“ und Randgruppe leben, als klassifiziert, einer Klasse, einem bestimmten Platz in der Gesellschaft zugeordnet sein“. Natürlich ist die Entstehung dieses neuen Kleinbürgertums nur „Bestandteil breiterer gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, bei denen die Populärkultur zunehmend zur gesellschaftlichen Leitkultur (...) transformiert wird“ (Schwanhäußler), und natürlich hinterläßt die allenthalben in Politik und Medien anzutreffende Feier der Kreativwirtschaft und ihrer fragmentarischen, flexiblen und letztendlich für den Einzelnen ruinösen Arbeitsbedingungen einen mehr als schalen Nachgeschmack. Was alle werden sollen, ist auch, was allen droht. Bleibt zu hoffen, daß die „digitalen Bohemians“ irgendwann bemerken, daß sie ihr Dasein nicht zum „role model“ für prekäre Arbeitsbedingungen stilisieren sollten – eine Rückbesinnung auf die proletarische Tradition gerade der Berliner Stadtkultur anstelle des „verzweifelten Versuchs, sich der Anziehungskraft des gesellschaftlichen Gravitationsfeldes zu entziehen“ (Bordieu), würde der Kulturszene und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sicher gut tun.

(Ungekürzte Fassung des Artikels in der Berliner Zeitung vom 31.1.2011)